

## Deutscher Bundestag

Ausschuss für Menschenrechte  
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache 20(17)74



### Schriftliche Stellungnahme der Welthungerhilfe zur 49. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Vertreten durch Frau Marlehn Thieme, Präsidentin der  
Deutschen Welthungerhilfe e.V.

Berlin, 6. November 2023

### Thema der Sitzung:

Verschärfung der Nahrungsmittelunsicherheit und Wasserknappheit – Ursachen, Folgen und Lösungen

### Der Welthunger in 2023

Nach dem aktuellen Bericht der UN-Welternährungsorganisation (FAO) waren im vergangenen Jahr etwa **735 Millionen Menschen chronisch unterernährt**. Das sind 122 Millionen mehr als vor der Coronapandemie 2019<sup>1</sup>. Der erst kürzlich veröffentlichte Welthunger-Index 2023 (WHI) zeigt, dass in Ländern wie Haiti, Jemen, Afghanistan und Somalia die Ernährungsunsicherheit zunimmt. Insgesamt werden nach WHI-Prognosen bei der derzeitigen Fortschrittsrate 58 Länder bis 2030 kein niedriges Hungerniveau, geschweige das Ziel „Kein Hunger“ bis 2030, erreichen. Dennoch zeigt der Welthunger-Index, dass es vereinzelte Erfolge gegeben hat. In sieben Ländern, Angola, Äthiopien, Niger, Sierra Leone, Sambia, Somalia und Tschad, die im Jahr 2000 stark von Hunger betroffen waren, hat sich die Situation verbessert. Der Welthunger-Index zeigt auch gravierende Ungleichheiten auf. Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, Frauen, indigene Völker, Jugendliche und Menschen, die sich mit mehr als einer dieser Identitäten identifizieren, sind häufiger von Hunger betroffen als andere. Zudem bestehen große regionale Ungleichheiten: Südasien und Afrika sind nach wie vor die am stärksten von Hunger betroffenen Regionen<sup>2</sup>.

### Ursachen und Folgen des Hungers

Die **Ursachen von Hunger** sind komplex und haben eine lange Geschichte, gleichzeitig sind sie maßgeblich von aktuellen Herausforderungen geprägt. Dazu zählen in den betroffenen Ländern schlechte Regierungsführung und mangelnde Investitionen in die ländlichen Räume. Daraus resultieren Ungleichheit und eine große Armut, die den Hunger auch bedingen. Darüber hinaus verstärken Kriege und Konflikte, ein verzerrter Welthandel und die fortschreitende Klimakrise den Hunger. Für letztere tragen die OECD-Länder eine überproportionale Verantwortung. Der Angriff Russlands auf die Ukraine, der im Februar 2022 begann, führte zu einer Lebenshaltungskostenkrise mit äußerst negativen Auswirkungen, insbesondere auch auf die Ernährungssicherheit in vielen afrikanischen Ländern bis heute. Wichtig an dieser Stelle zu betonen ist, dass die Ursachen von Hunger zwar komplex sind, aber menschengemacht und damit vermeidbar. Deshalb brauchen wir einen ganzheitlichen Ansatz, der das Menschenrecht auf Nahrung und Ernährungssysteme in den Blick nimmt und gerechter und resilienter macht.

Hunger hat **weitreichende Folgen**. Es kommt zu Fehlernährung und damit zu einer gesteigerten Anfälligkeit für andere Krankheiten. Kinder leiden besonders unter Hunger, denn eine Unterernährung kann langfristige Auswirkungen auf ihre Entwicklung haben. 45 Millionen Kinder unter fünf Jahren leiden weltweit an Auszehrung ("wasting"), haben also in Bezug auf ihre Größe ein zu niedriges Gewicht, was als Beleg für akute Unterernährung gewertet wird. 148 Millionen Kinder unter 5 Jahren zeigen Wachstumsverzögerungen ("stunting"), ein Indikator für chronische Unterernährung, der oft mit Verzögerungen in der geistigen Entwicklung von Kindern einhergeht. Durch chronischen Hunger sinkt schließlich auch die Arbeitskraft einer Bevölkerung und damit die Kraft, sich aus der eigenen Situation zu befreien. Ein besonderes Augenmerk ist notwendig für die Ernährungsunsicherheit von Frauen. Ebendiese und Geschlechterungleichheit sind eng miteinander verwoben: Im globalen Süden stellen Frauen zwar fast die Hälfte aller Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, besitzen aber weniger als 20 Prozent der Ackerflächen und haben weniger Zugang zu Krediten und zu Beratungsdienstleistungen als

<sup>1</sup> <https://www.welthungerhilfe.de/presse/pressemitteilungen/pressekonferenz-vorstellung-jahresbericht-2022>

<sup>2</sup> <https://www.globalhungerindex.org/>

Männer<sup>3</sup>. Das trägt dazu bei, dass die Mehrheit der Hunger leidenden Menschen Frauen sind. Umgekehrt würde nach UN-Berechnungen eine geschlechtergerechte Landwirtschaft dazu führen, dass bis zu 150 Millionen Menschen weniger Hunger leiden. Hunger lässt sich nicht beseitigen, ohne soziale Ungleichheit zu lösen, in der marginalisierte Gruppen erschwerten Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen erhalten<sup>4</sup>.

## Was sind unsere größten Herausforderungen?

Die größte Herausforderung, um den Hunger zu überwinden, ist es, die politischen Willensbekundungen in die Tat umzusetzen. Zentrale Hebel wie funktionierende staatliche Institutionen und die Förderung ländlicher Räume sowie sozialer Sicherungssysteme bedürfen **Investitionen**: die richtungsweisende, vereinbarte offizielle Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens von Geberländern wird nicht eingehalten. Noch schlechter bestellt ist es um das 0,2 Prozent Ziel des **BNI für LDCs**, die „least developed countries“ oder am wenigsten entwickelten Länder. Während Deutschland das 0,7 Prozent Ziel bisher noch erreicht, war dies für das 0,2 Prozent Ziel nie der Fall.

Ländern mit vielen Hungernden fehlen oft **soziale Sicherungssysteme**. Diese sind zur Vermeidung von Hunger zentral. Dasselbe gilt für Investitionen in ländliche Räume. Die Bundesregierung sollte sich daher stärker als bisher dafür einsetzen, dass diese starken Hebel angegangen werden. Außerdem werden gerade entlang von Agrarlieferketten Arbeiter\*innen in Hungerregionen nicht **vor Ausbeutung geschützt und die Einhaltung von Umweltstandards** wird nicht überprüft. Die Unterstützung von Produzent\*innen im Globalen Süden bei der Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) beispielsweise durch Nutzung des Food Security Standard (FSS), kann einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Hunger in der Kaffee-, Tee-, Kakao- oder Palmölproduktion leisten.

Bei vielen Regierungen im Globalen Süden werden Investitionen in Landwirtschaft, Ernährungssicherung und ländliche Räume aus unserer Sicht nicht ausreichend priorisiert. Etwa wird das selbstgesetzte Ziel der Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union 10 Prozent ihrer Budgets für Landwirtschaft auszugeben, weitgehend nicht eingehalten. Bei den hohen Hungerzahlen und dem hohen Anteil, den die **Landwirtschaft** als Sektor an der Wirtschaftsleistung von Ländern mit vielen Hungernden einnimmt, ist dies eine wichtige Ursache der aktuellen Hungersituation.

Wir haben aktuell auch eine steigende Anzahl von Krisen und Konflikten – gleichzeitig beobachten wir in den letzten Jahren eine Aufweichung oder Schwächung der Akzeptanz der **humanitären Prinzipien** (Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit) in vielen zwischen- und innerstaatlichen Konflikten. Bereits erreichte Erfolge bei der Akzeptanz und dem Schutz von humanitären Helfer\*innen gehen verloren, An- oder Übergriffe auf sie steigen. Auch das Thema **Hunger als Waffe** gehört dazu: Laut UN-Resolution 2417 vom Mai 2018 versteht man unter der Nutzung von Hunger als Waffe das vorsätzliche, explizite Aushungern von Zivilist\*innen, die Verweigerung von Zugang zu lebenswichtigen Gütern, gezielte Attacken auf humanitäre Helfer\*innen und Einrichtungen wie Krankenhäuser. Resolution 2417 stellt dies unter Strafe und stuft es als Kriegsverbrechen ein. Beispiele, bzw. Verdachtsfälle für den Einsatz von Hunger als Waffe in neuerer Zeit sind Syrien, Jemen, Myanmar, Südsudan, Äthiopien (Tigray), Ukraine, Mali, Niger und nun Gaza.

Der Zugang zu sauberem **Trinkwasser**, angemessenen sanitären Einrichtungen und gute hygienische Praktiken hat eine besondere Bedeutung für Armutsbekämpfungsstrategien und somit auch Ernährungssicherheit. Zudem ist die Landwirtschaft der größte globale Wasserverbraucher und daher untrennbar mit SDG 6 verbunden. Aber immer noch haben 2,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Wasser an ihrem Wohnort, das frei von Kontaminierung und bei Bedarf jederzeit verfügbar ist (sicheres Trinkwasser)<sup>5</sup>.

## Können wir das Ziel SDG 2 „Kein Hunger“ noch bis 2030 erreichen?

Je mehr wir mit multiplen Krisen konfrontiert werden, desto wichtiger ist es an der Vision einer gerechteren und lebenswerteren Welt, die die Agenda 2030 verspricht, festzuhalten. Wir müssen uns die wichtigsten Prinzipien der Agenda 2030 in Erinnerung rufen: "Wir sind entschlossen, Armut und Hunger in allen ihren Formen und Dimensionen zu beenden und sicherzustellen, dass **alle Menschen** ihr Potenzial in Würde und Gleichheit (und in einer gesunden Umwelt) entfalten können."<sup>6</sup>

<sup>3</sup> <https://www.fao.org/news/story/en/item/460267/i/code/>

<sup>4</sup> <https://www.welthungerhilfe.de/aktuelles/publikation/detail/factsheet-frauen-und-entwicklung>

<sup>5</sup> <https://washdata.org/monitoring/drinking-water>

<sup>6</sup> Vereinte Nationen (2015). Resolution der Generalversammlung - Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, Präambel

Vor dem Hintergrund einer zunehmend multipolaren Weltordnung ist das erneute Bekenntnis der UN-Unterzeichnerstaaten zur Umsetzung der Ziele der 2030-Agenda beim SDG-Gipfel im September, ein dringender Schritt in die richtige Richtung. Gleichzeitig sind nur 12 % der Ziele für nachhaltige Entwicklung auf dem richtigen Weg und SDG 2 ist eines der Ziele, bei dem am wenigsten Fortschritte gemacht wurden. Millionen von Menschen wird aktuell und auch in Zukunft ihr elementares Menschenrecht, das Recht auf angemessene Nahrung, verwehrt. Politische Statements stehen der Realität in diesen Zeiten leider diametral gegenüber. Wir stehen vor einer Stagnation bei der Erreichung der Ziele und Regierungen weltweit müssen ihr Engagement massiv erhöhen.

### **Wir fordern als Welthungerhilfe, dass folgende Maßnahmen ergriffen und konkrete Instrumente umgesetzt werden:**

Die multiplen globalen Krisen haben in den Ländern des globalen Südens die Lücke zwischen vorhandenen Ressourcen und Bedarfen noch einmal vergrößert. Eine **verlässliche Entwicklungsfinanzierung** von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) ist ein wichtiges Element, um die Agenda 2030 zur Ziellinie zu führen. Die ODA ist insbesondere hinsichtlich der Erreichung der Ziele SDG 1 und SDG 2 (Beendigung von Armut und Hunger) strategisch wichtig. Dabei muss sich die Bundesregierung insbesondere in Ländern engagieren, die von Hunger und Armut besonders betroffen sind, wie zum Beispiel den LDCs. Die Bereitstellung von **ODA-Mitteln** in Höhe von 0,2 Prozent des BNE an die **wenigsten entwickelten Länder (LDCs)** ist ein entscheidender Beitrag, um diese in die Lage zu versetzen, den Teufelskreis aus Armut, Vulnerabilität und Instabilität zu durchbrechen. Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) von Deutschland, dem zweitgrößten Geber, ist rückläufig, ebenso wie die staatlichen Ausgaben für die Landwirtschaft in vielen Ländern. Hier muss entschieden gegengesteuert werden.

Bei der **Transformation der Ernährungssysteme** müssen **junge Menschen** eine tragende Rolle spielen. Heute wachsen viele Jugendliche in einem System auf, das ihnen weder Ernährungssicherheit bietet noch Teilhabe an Prozessen, die ihre eigene Zukunft betreffen, ermöglicht. Wenn wir einen Zustand von Ernährungssicherheit erreichen wollen, in dem Menschen das Recht auf gesunde, kulturell angepasste, nachhaltig produzierte Nahrung wahrnehmen können, brauchen wir die Energie und Innovationskraft junger Menschen. Wir müssen daher die junge Generation stärken und sie stärker in politische Gestaltungsprozesse im Ernährungssystem einbinden. Landwirtschaft und Ernährungssysteme müssen so umgestaltet werden, dass sie jungen Menschen echte Lebensperspektiven bieten – in selbstbestimmten Lebensformen und verantwortungsvollen Positionen.

Ressortübergreifend und auf internationaler Ebene muss die Bundesregierung **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärker fördern** und ihr Engagement für gute Regierungsführung erhöhen. In schwierigen Kontexten muss diese auch mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei der **Stärkung der Zivilgesellschaft** gelten. Die Stimmen und die Erfahrungen der von Hunger Betroffenen sind jedoch in politischen Entscheidungsprozessen nicht ausreichend vertreten. Dies ist jedoch entscheidend, um sicherzustellen, dass ihre Bedarfe angemessen berücksichtigt werden und auch die Lösungen von den Betroffenen als wirksam erachtet und getragen werden.

Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen von Menschen weltweit. Gefährdet sind vor allem diejenigen, die ohnehin von Hunger und Armut betroffen sind. Die Bundesregierung sollte ihren **Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung** bis 2025 auf mindestens acht Milliarden Euro jährlich aufstocken. Bei der Mittelvergabe sollten die Ernährungssicherung und die verbesserte **Klimaresilienz** der armen Bevölkerung in den ländlichen Räumen des Globalen Südens im Fokus stehen. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Interessen der benachteiligten und vulnerablen Bevölkerungsgruppen bei der Planung und Umsetzung von Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen (etwa durch zivilgesellschaftliche Organisationen) angemessen berücksichtigt werden.

**Ernährungssicherheit muss in globalen Lieferketten gestärkt werden** - gerade im Agrarsektor. Die Bundesregierung sollte sich weiterhin für die Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten durch Unternehmen in globalen Wertschöpfungsketten auf EU- und UN-Ebene einsetzen und sich für eine Aufnahme des Menschenrechts auf angemessene Nahrung in entsprechende Richtlinien stark machen. Parallel dazu sollte das BMZ Unternehmen des Globalen Südens und hier vor allem kleinere Agrarbetriebe dabei unterstützen, den Anforderungen an die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten gerecht werden zu können.

Die **Förderung von Landwirtschaft und ländlichen Räumen** sind für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas und die Ernährungssicherung auf dem Kontinent von entscheidender Bedeutung. Deswegen müssen sie besonders gefördert werden. Das BMZ muss bei der Umsetzung der Afrika-Strategie die **Zivilgesellschaft als wichtige Entwicklungsakteurin** auf Augenhöhe einbinden. Dies gilt insbesondere für die zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Partnerländern selbst.

**Soziale Sicherungssysteme müssen ausgebaut werden**, damit Menschen vor akuten Notlagen geschützt werden und auch systematisch chronische Armut abgebaut wird. Hierbei sollte die Bundesregierung insbesondere darauf achten, dass Menschen im informellen Sektor und in der Landwirtschaft – und vor allem auch Frauen und Kinder – in die Systeme einbezogen werden. Deutschland sollte seinem Beitrag zum G7-Ziel, bis 2025 eine Milliarde mehr Menschen in soziale Sicherungssysteme einzubinden, durch ein adäquates Gesamtkonzept nachkommen.

Gleichberechtigung ist Menschenrecht. Deshalb muss **feministische Entwicklungspolitik entschieden und insbesondere kontextsensibel umgesetzt werden**. Eine feministische Entwicklungspolitik leistet einen wichtigen Beitrag dazu, die Ungerechtigkeiten in Bezug auf Geschlecht zu beseitigen, die wiederum zu einem höheren Anteil Frauen unter den Hungernden führt. Sensibilität für den Kontext ist hier besonders geboten, um Konfliktpotential zu vermeiden, vor allem in Ländern, in denen die Rechte von Frauen, Mädchen und LSBTIQ+-Personen kulturell oder politisch bedingt nicht anerkannt oder aktiv unterdrückt werden. Umso wichtiger ist es, die konkrete Ausgestaltung im jeweiligen Umfeld kontextspezifisch, risikosensibel und gemeinsam mit lokalen Partner\*innen aus Politik und Zivilgesellschaft zu gestalten.

**Humanitäre Prinzipien müssen gestärkt werden** – wenn politische oder militärische Interessen diese Prinzipien in Frage stellen, müssen humanitäre Akteure, aber auch die Bundesregierung, dem entschieden entgegenzutreten. Auch das Thema Hunger als Waffe muss mehr in den Fokus rücken. Damit Humanitäre Hilfe insgesamt transparenter, effektiver und effizienter wird, ist es wichtig, die Lokalisierung und die **vorausschauende humanitäre Hilfe zu stärken**. Letztere beruht auf neuen Methoden für Wetter- und Klimavorhersagen, datenbasierte Risikoanalysen und Frühwarnsysteme, um humanitäre Krisen vorherzusehen. Dadurch wird es möglich, vorausschauend zu handeln: Menschenleben werden gerettet, Sachschäden reduziert und soziale sowie wirtschaftliche Kosten von Krisen verringert, was die Effizienz der humanitären Hilfe steigert. Als einer der größten humanitären Geber weltweit fällt Deutschland hier eine besondere Verantwortung zu flexible, überregionale und mehrjährige Finanzierungsmechanismen bereitzustellen, die über einen Sektor hinausgehen. Vereinfachte Antragsverfahren und die Reduzierung des Eigenbeitrags tragen dazu bei, die Flexibilität bei der Implementierung über Partnerorganisationen zu erhöhen, insbesondere in fragilen Kontexten. In Zukunft will die Welthungerhilfe gemeinsam mit anderen Hilfsorganisationen diesen humanitären Paradigmenwechsel über die Welthungerhilfe Anticipatory Humanitarian Action Facility (WAHAFA) vorantreiben, die ein solches vorausschauendes Modell umsetzt.